

Die Haltung der israelischen Jugend zu persönlichen, sozialen und nationalen Fragen: Eine Vergleichsstudie 1998-2004

Abstrakt

1998 veröffentlichte das israelische Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung (Israeli Institute for Economic and Social Research) eine umfassende Studie über die Haltung der israelischen Jugend zu wichtigen Fragen und Institutionen.¹ Die vorliegende Studie setzt diese Nachforschungen fort. Der unmittelbare Zweck des Projekts ist es nach wie vor aufzuzeigen, was junge Leute sämtlicher Sektoren der multikulturellen israelischen Gesellschaft nach wichtigen Ereignissen denken, die ihr Leben mit beeinflusst haben. Zur Hauptsache dient das Projekt jedoch vor allem Entscheidungsträgern als Informationsgrundlage, die es ihnen erlaubt, ihre Politik besser den Bedürfnissen und Aspirationen der jungen Generation anzupassen. Die Besonderheit der diesjährigen Studie besteht im Vergleich der Umfrageergebnisse von 1998 und 2004. Ein Vergleich, der sich durch das Trauma der Zwischenzeit – zweite Intifada, Terrorwelle, Rezession und Gesellschaftskrise, geradezu aufdrängt.

Die Umfrage konzentrierte sich auf folgende Themen: Sicherheit und Demokratie, die Nachwirkungen des Mordes an Ministerpräsident Yitzchak Rabin, Israels Verhältnis zu Deutschland und dem Holocaust. Die einzelnen Abschnitte der Umfrage wurden je von einem führenden Experten des jeweiligen Fachbereichs analysiert. Aus der daraus gewonnenen Information erhoffte man sich auch Antworten auf die grundsätzliche Frage, welche der folgenden beiden Modelle die Reaktionen der israelischen Öffentlichkeit auf Stress und Krise am besten beschreibt: Verstärkte Solidarität als Reaktion auf äußere Bedrohung oder allmähliche Preisgabe demokratischer Kernwerte und -normen (oder „Spielregeln“). Die Resultate der Umfrage deuten darauf hin, dass das zweite Modell die Reaktionen der israelischen Gesellschaft und folglich auch der israelischen Jugend auf schwere Krisen auf nationaler Ebene besser beschreibt, wobei dieses Ergebnis je nach Sektor und Frage unterschiedlich ausfällt.

An der Umfrage von 2004 beteiligten sich insgesamt 1.758 Jugendliche, davon 863 in der Altersgruppe der 15-18 Jährigen und 895 in der Altersgruppe der 21-24 Jährigen. Die 19-20

¹ The Jubilee Year: Israeli Youth's Attitudes toward Personal, Social and National Issues, Tel-Aviv, June 1998.

Jährigen nahmen nicht an der Umfrage teil, da sich diese Altersgruppe mehrheitlich im regulären Militärdienst befindet. Die Stichprobe schloss 407 Jugendliche aus dem arabischen Bevölkerungssektor mit ein. Sämtliche wichtige Sektoren der israelischen Gesellschaft waren vertreten: Araber und Juden, Juden aschkenasischer und sephardischer Abstammung, Religiöse und Nichtreligiöse, Neueinwanderer und im Land Geborene.

Das Forschungsprojekt selbst gliedert sich in fünf Teile. Der Schlussbericht enthält eine Übersicht von Hagar Tsamerets Studie über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen im Zeitraum zwischen den beiden Umfragen; Prof. Ephraim Ya'ars Analyse der Befunde sowohl hinsichtlich der Standpunkte, Werte und Erwartungen der Befragten als auch hinsichtlich der festgestellten Haltungen zum demokratischen Staat und seinen Institutionen; Prof. Daniel Bar-Tals Untersuchung, unterstützt von Efrat Bornstein, über die Standpunkte der jüdischen und arabischen Jugend zu Deutschland und zum Holocaust, zum Staat Israel und zu seiner Zukunft sowie zu den persönlichen Erwartungen; und eine demografische Momentaufnahme der israelischen Jugend von Efrat Bornstein.²

Die wichtigsten Fragen und Ereignisse, die die israelische Gesellschaft zwischen 1998 und 2004 beeinflusst haben

Knapp zusammengefasst lässt sich sagen, dass der Ausbruch der zweiten Intifada im Jahre 2000 begleitet von Terroranschlägen im israelischen Kernland mit mehr als 1.000 Todesopfern vermutlich die prägendsten Ereignisse im Verhältnis Israels zur Außenwelt seit mehr als einem Jahrzehnt darstellen. Doch sie waren nicht die einzigen Ereignisse, die das Leben der israelischen Bevölkerung beeinflussten. Der gewaltsame Tod von 12 israelischen Arabern im Oktober 2000 im Verlaufe der gewalttätigen Solidaritätskundgebung dieses Sektors mit den Anliegen der Palästinenser, war ein Wendepunkt im problematischen Verhältnis zwischen den beiden Hauptsektoren der israelischen Gesellschaft: Juden und Arabern. Den Auswirkungen dieses traumatischen Ereignisses wären noch die Folgen der Wirtschaftskrise hinzuzufügen, die die schwächsten Glieder der israelischen Gesellschaft, darunter auch viele israelische Araber, am härtesten traf.

Die unterschiedlichen Resultate der beiden Umfragen reflektieren die veränderte nationale Stimmungslage als Folge dieser unvorhergesehenen dramatischen Ereignisse. Anlässlich der ersten Umfrage im Jahre 1998 herrschte noch Optimismus vor im Hinblick auf Fortschritte im

² Informationen zu diesem Teil der Studie sind auf Anfrage beim israelischen Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung erhältlich.

Friedensprozess. Während in jenem Jahr die Meinungen im jüdischen Bevölkerungsteil über das Oslo-Abkommen bereits geteilt waren, war die öffentliche Meinung im arabischen Bevölkerungssektor einhellig dafür. Der Konsens in der arabischen Gemeinschaft beruhte auf zwei Erwartungen hinsichtlich der Ergebnisse des Friedensprozesses: Erstens, auf der Gründung eines Palästinenserstaates und der Erfüllung der arabischen Forderungen nach Selbstbestimmung und zweitens – in israelisch-arabischen Augen vielleicht noch wichtiger, auf der Änderung der staatlichen Politik gegenüber der arabischen Minderheit. Die Sehnsucht nach Gleichberechtigung und Beseitigung der Diskriminierung der arabischen Bevölkerung Israels verlieh dem Friedensprozess in diesem Sektor besonders große Bedeutung.

Bereits 1998 war im jüdischen Sektor Israels eine Abnahme der Unterstützung für die meisten nationalen Institutionen – Militär, Polizei und Justiz ausgenommen – zu verzeichnen. Der Hauptgrund für diesen Vertrauensverlust liegt bei der Unterzeichnung der Osloer Verträge, die zur Spaltung in zwei polarisierte Lager führte. Hinter der politischen Spaltung kamen soziale Brüche zum Vorschein, vor allem – aber nicht nur – auf religiöser Basis. Die Spaltung zwischen rechts und links erreichte ihren Höhepunkt 1995 mit dem Mord an Ministerpräsident Yitzchak Rabin durch ein Mitglied einer ultranationalistischen religiösen Splittergruppe. Angesichts der damit verbundenen Bedrohung der demokratischen Grundordnung wurde das Vertrauen in die staatlichen Strukturen erwartungsgemäß erschüttert. Der Ausbruch der zweiten Intifada und die Terrorwelle im israelischen Kernland erschütterte zudem das Gefühl der persönlichen und kollektiven Sicherheit im Land und führte dementsprechend zu den in der Studie dokumentierten Haltungsänderungen.

Der Zeitabschnitt zwischen 1998 und 2004 war von einer inneren Krise in Israel geprägt. Während 1998 z.B. das Vertrauen in nationale Institutionen – Militär und Polizei ausgenommen – unter arabisch-israelischen Jugendlichen größer war als unter jüdisch-israelischen Jugendlichen, sank das Vertrauen der ersten Gruppe in der Umfrage von 2004 auf die Ebene der zweiten Gruppe oder sogar noch darunter. Der bei arabisch-israelischen Jugendlichen festgestellte drastische Vertrauensverlust reflektiert die Hoffnungslosigkeit angesichts des offensichtlichen Zusammenbruchs des Friedensprozesses und dessen Auswirkungen auf das jüdisch-arabische Verhältnis innerhalb der Landesgrenzen. Zudem sind die Ereignisse vom Oktober 2000 im kollektiven Gedächtnis dieses Bevölkerungssektors nach wie vor präsent. Unabhängig davon wer direkt oder indirekt die Verantwortung trägt für die

Opfer der Unruhen vom Oktober 2000, das ohnehin delikate Verhältnis zwischen den arabischen Bürgern Israels und der Polizei hat sich klar verschlechtert.

In diesem gespannten Klima sind die Nachwirkungen des Mordes an Yitzchak Rabin auf die israelische Jugend weiterhin deutlich spürbar. Während dieser Einfluss bei den jüdischen Jugendlichen im Zeitabschnitt zwischen den beiden Umfragen etwas nachgelassen zu haben schien, war bei den arabisch-israelischen Jugendlichen offensichtlich das Gegenteil der Fall. Dieses Phänomen kann als ein Zeichen des Unvermögens des Landes gewertet werden, den Rabin-Mord als übergeordnetes Ereignis mit nationaler Tragweite in das israelische Kollektivgedächtnis eingehen zu lassen. Das Gedenken des Rabin-Mordes wurde vielmehr zum Bestandteil der Konfrontation zwischen links und rechts, vor allem vor dem Hintergrund der Vorwürfe von linker Seite, die rechtsorientierte Führungselemente indirekt für diese Mordtat verantwortlich macht. Der arabischen Öffentlichkeit in Israel bleibt Yitzchak Rabin dagegen als jener jüdische Führer in Erinnerung, der am meisten zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage der arabisch-israelischen Gemeinschaft beigetragen hatte, sowie als Unterzeichner der Osloer Abkommen und ehemaliger General, der bis zu seinem Tod unbeirrbar am Friedensprozess festhielt.

Internationale politische und sozioökonomische Trends

Die Welt im neuen Jahrtausend, wie sie sich in den Antworten der Umfrage von 2004 präsentiert, ist nicht mehr dieselbe wie jene zur Zeit der Umfrage von 1998. Quasi als Gegenbewegung zur positiven Atmosphäre, die die 1990er Jahre geprägt hatte, als die USA als einzig verbliebene Supermacht den Fortschritt des Friedensprozesses in der Region durch eine effektive Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik vorantrieb, herrscht nun in der Region Pessimismus vor. Ökonomische, politische und diplomatische Initiativen hatten das geeignete Klima für Fortschritte im Friedensprozess, nicht nur zwischen Israel und den Palästinensern, sondern auch zwischen Israel und seinen anderen arabischen Nachbarn, geschaffen. Die Osloer Verträge von 1993 verdrängten den Konflikt von den obersten Stufen der internationalen Tagesordnung. Doch als es im Verlauf des Jahrzehnts darum ging, die Verträge in operative Programme umzusetzen, wurde bald deutlich, dass sowohl Israel als auch die Palästinenser nach wie vor nicht in der Lage waren, ihre Meinungs- und Interessensgegensätze zu überwinden. Die am 28. September 2000 in Bewegung gesetzte Welle des Terrors innerhalb Israels, markierte den Höhepunkt einer Periode des Unmuts und

wachsender Spannung. Die Palästinenser sahen die *Intifada al-Aqsa* als palästinensische Reaktion auf den Stillstand des Friedensprozesses, akzentuiert durch das Scheitern der Gespräche in Camp David (im Juli 2000) und die anhaltende Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation. Die Geschehnisse im Nahen Osten leiteten eine Ära des weltweiten Terrors ein, wenn auch kein direkter Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen und dem Angriff auf das New Yorker World Trade Center vom 11. September 2001 gefunden werden konnte. In Israel wurden zwischen September 2000 und September 2001 127 Israelis bei Terroranschlägen getötet. Weitere 378 Israelis starben unter ähnlichen Umständen im darauf folgenden Jahr. Ende März 2003 wurden auf israelischer Seite bereits 942 Tote und auf palästinensischer Seite 2.397 Tote gezählt.

Die lokalen Ereignisse lassen sich nicht trennen von der weltweiten Rezession, deren Vorboten bereits 1998 auftauchten. Als das Wachstum der so genannten Emerging Economies und der russischen Wirtschaft ins Stocken geriet, waren die Folgen davon schließlich auch im Westen zu spüren. Mit dem Einbruch des Nasdaq-Börsenindex um 50% im März 2000 machte sich weltweit Angst vor einer Wirtschaftskatastrophe breit. Zwar gelang es, die schlimmsten Befürchtungen durch eine Reihe internationaler Maßnahmen zu zerstreuen, doch so manche nationale Wirtschaft hat sich seither nicht nachhaltig erholt.

Der politische Kontext

1996, im Jahr nach dem Mord an Ministerpräsident Rabin und kurz nach einer Reihe blutiger Terroranschläge kam in Israel eine konservative Regierung unter Benjamin Netanjahu an die Macht. Nach der Unterzeichnung des Wye-River-Abkommens fiel Netanjahus brüchige Koalition auseinander, worauf vorgezogene Neuwahlen stattfanden. Aus diesen Wahlen, die nach dem neuen Wahlgesetz stattfanden, wonach der Ministerpräsident direkt gewählt wird, ging im Mai 1999 Ehud Barak als Sieger hervor. Obwohl das Wahlergebnis eine Verschiebung nach links reflektierte, verging mehr als ein Jahr bis sich Barak und Yassir Arafat zu Friedensgesprächen in Camp David (im Juli 2000) trafen, die jedoch scheiterten. Der Ausbruch der *Intifada al-Aqsa* im September 2000 war sinnbildlich für die Wut und Enttäuschung der Palästinenser. Angesichts der inneren Kritik gegen Barak und dessen Bereitschaft, mit den Palästinensern „unter Feuer“ zu verhandeln, trat der Ministerpräsident vor Ablauf seiner Amtsperiode zurück. In den darauf folgenden Wahlen wurde Scharon klar

mit 62,38% der Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Das israelische Parlament schaffte die direkte Wahl des Ministerpräsidenten kurz nach Scharons Wahl wieder ab.

Israels politische Arena war den Entwicklungen im palästinensisch-israelischen Konflikt entsprechend seit 1998 von starken Erschütterungen geprägt. Je mehr Menschen den Terroranschlägen zum Opfer fielen, desto größer wurde die Krise. In diesem Zusammenhang erstaunt es nicht, dass Scharons harter politischer Kurs gegenüber den Palästinensern und in Sicherheitsfragen von annähernd 80% der israelischen Wähler gutgeheißen wurde, vor allem nach den allgemeinen Wahlen von 2003.

Der wirtschaftliche Kontext

Die israelische Wirtschaft könnte als Alter Ego der politischen Arena bezeichnet werden. Aufgrund dieser engen Verbindung lösten das politische Chaos und die Vorahnung des neu aufflammenden Konflikts mit den Palästinensern seit 1998 die schwerste Rezession in der Geschichte des Landes aus: Zum ersten Mal seit 1953 wies das Bruttoinlandprodukt ein negatives Wachstum aus. 2001 fiel das BIP pro Kopf um 3,2% und 2002 um 2,8%. Auch die Arbeitslosigkeit, besonders die Langzeitarbeitslosigkeit, stieg von 8,5% im Jahre 1998 auf 10,7% im Jahre 2003, was 290.000 Arbeitslosen entspricht. Die Folgen für die Sozialversicherung waren verheerend. Im vergangenen Jahrzehnt waren die Ausgaben für Transferzahlungen real um 87% gestiegen. Mitte der neunziger Jahre erreichten sie 7,8% und im Jahr 2001 gar 8,7%. Dieser Anstieg war einerseits auf das gestiegene Realeinkommen und andererseits auf Gesetzesänderungen zurückzuführen, die den Empfängerkreis für solche Zahlungen erweiterten. Die Höhe der Zuwendungen stieg und – fast explosionsartig – auch die Zahl der Empfänger. So nahmen die Transferzahlungen von 1990 bis 2003 um 400% zu, verglichen mit einem Bevölkerungswachstum von nur 45%. Bezeichnend ist, dass die Zahl der Empfänger von Transferzahlungen im vergangenen Jahrzehnt parallel zum BIP und angesichts sinkender Arbeitslosigkeit wuchs.

Einer der Hauptfaktoren, die in den letzten Jahren zur Kürzung der Sozialhilfe führten, war das explodierende Haushaltsdefizit, das von 2,4% des BIP im Jahre 1998 auf 6,1% im Jahre 2003 hochgeschwungen war. Die daraufhin eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Defizitabbau bestanden im Wesentlichen aus vier Punkten: Steuererhöhungen, Kürzung der

Transferzahlungen, Abbau in der staatlichen Verwaltung und einheitliche Budgetkürzungen. Die Umsetzung der Wirtschaftsprogramme hatte schwere Folgen für die chronisch Armen.

Der soziale Kontext

Parallel zur Wirtschaftskrise haben sich in Israel auch die sozialen Bedingungen verschlechtert. Neben dem Anstieg der Arbeitslosigkeit hat die soziale Ungleichheit stark zugenommen. Am Gini-Index gemessen stieg die soziale Ungleichheit sowohl vor als auch nach Transferzahlungen. Zur Vergrößerung der sozialen Ungleichheit trugen Steuerreformen und andere Wirtschaftsprogramme bei, die die oberen Einkommensdezile begünstigten (z.B. durch Steuererleichterungen) und die wirtschaftliche Situation der unteren Einkommensdezile verschlechterten (z.B. durch die Kürzung von Sozialzuschüssen). Da sich fast alle Armen in Israel unter der Armutsgrenze befinden, sei es wegen Arbeitslosigkeit oder wegen niedrigen Einkommens, führten die beiden erwähnten Maßnahmen zwangsläufig zur Vergrößerung der Unterschiede zwischen arm und reich. Die Zahl der armen Familien stieg von 230.000 im Jahre 1998 auf 325.000 im Jahre 2002, darunter 556.000 Kinder. Besonders verheerend ist die Situation in bestimmten Bevölkerungssegmenten: Rentner, Alleinerziehende und Familien, in denen der Hauptverdiener arbeitslos wurde. Die starke Zunahme der Empfänger von Lohnzuschüssen – von 100.790 im Jahre 1998 auf 159.660 im Jahre 2002, eine Zunahme von 60% – veranschaulicht das Ausmaß der sozialen Krise, die die Krise in anderen Bereichen begleitete.

Die Haltung der israelischen Jugend zu diversen Fragen: 1998-2004

Die Demokratie und der Mord an Ministerpräsident Yitzchak Rabin

Der Mord an Ministerpräsident Yitzchak Rabin hatte tief greifende Auswirkungen auf sämtliche Sektoren der israelischen Gesellschaft. Die Diskussion, wie stark sich dieses Ereignis auf welche Sektoren auswirkte, würde hier jedoch zu weit führen. Wir beschränken uns deshalb auf die Haltung der Jugendlichen, die das Erwachsenenalter erst nach diesem Ereignis erreicht haben.

Die israelische Jugend, Juden und Araber, bezeichnen die Demokratie nach wie vor als einen der wichtigsten Werte, trotz Abnahme der inneren Sicherheit (hierbei ist zu bemerken, dass

die israelischen Araber 17% der erwachsenen Bevölkerung des Landes ausmachen). Die Frage „Finden Sie es wichtig, dass Israel ein demokratischer Staat bleibt“ bejahten 2004 nur noch 88% der jüdischen Jugendlichen, verglichen mit 92% „ja“ im Jahre 1998.

Demgegenüber stieg der entsprechende Anteil im selben Zeitraum unter den arabisch-israelischen Jugendlichen von 88% auf 92%. Der Anteil der „Ja“-Antworten auf die Frage, ob es sehr wichtig sei, dass Israel ein demokratischer Staat bleibe, sank unter jüdischen Jugendlichen von 77% im Jahre 1998 auf 67% im Jahre 2004 und stieg unter arabischen Jugendlichen von 76% auf 82% im selben Zeitraum.

Die Geringfügigkeit der Verschiebungen ist angesichts der negativen Ereignisse, die die Region im betreffenden Zeitraum erschütterten, erstaunlich. In Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die der Ausbruch der zweiten Intifada (2000) mit sich brachte, wäre im jüdischen Sektor eine Vertiefung des Bekenntnisses zur Demokratie und der Sehnsucht nach Frieden zu erwarten gewesen und im arabischen Sektor das Gegenteil. Schließlich verstärkte der Ausbruch der Intifada in diesem Sektor die unter Jugendlichen ohnehin schon sichtbare Tendenz der Solidarisierung mit der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen. Solche Gefühle, verbunden mit jahrelanger Diskriminierung, machten es den israelischen Arabern noch schwerer, sich mit der israelischen Gesellschaft, mit ihrer Kultur und ihren Werten zu identifizieren. Der gewaltsame Tod von 12 israelischen Arabern durch Schüsse der Polizei auf pro-palästinensische Demonstranten im Oktober 2000 gilt deshalb als Wendepunkt in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Bevölkerungssektoren in Israel.

Eine Methode, die obigen Trends zu bestätigen, ist die Untersuchung der Antworten auf folgende Komplementärfrage: „Für wie wichtig halten Sie es, dass Israel mit seinen Nachbarn in Frieden lebt?“ Die Resultate reflektieren ähnliche Trends: 1998 hielten es 92% der jüdischen Jugendlichen zumindest für wichtig, 2004 nur noch 87%. Unter arabischen Jugendlichen nahm der entsprechende Anteil leicht zu (von 90% im Jahre 1998 auf 94% im Jahre 2004). Bei den Antworten auf die Frage „Halten Sie es für wichtig, dass Israel ein jüdischer Staat sei (an jüdische Jugendliche gerichtet) bzw. (an arabische Jugendliche gerichtet) ein Staat aller Bürger sei, war beim jüdischen Publikum ein geringfügiger Rückgang der positiven Antworten zu verzeichnen (von 81,5% im Jahre 1998 auf 79% im Jahre 2004). Beim arabischen Publikum fiel der Rückgang deutlicher aus (von 93% im Jahre 1998 auf 88,5% im Jahre 2004).

Diese Antworten deuten, unabhängig voneinander betrachtet, auf eine langfristige Stabilität der Haltungen hin. Um die Beständigkeit dieser Haltungen zu prüfen, wurden die Umfrageteilnehmer gebeten, Demokratie, Frieden und andere zentrale Werte der israelischen Gesellschaft in eine Rangordnung zu bringen. Mit anderen Worten, es wurde geprüft, ob Demokratie und Frieden ihren Status auch dann noch beibehalten, wenn sie anderen Werten, wie z.B. dem Erhalt eines hohen Lebensstandards, gegenübergestellt werden und ob die einzelnen Werte in beiden Sektoren in eine ähnliche Ordnung gebracht werden.

Der Vergleich der Antworten von 1998 und 2004 deutet auf einige Verschiebungen hin. Während 1998 sowohl die jüdischen als auch die arabischen Jugendlichen Frieden an erster und Demokratie an zweiter Stelle nannten (28% und 26% bzw. 38% und 26%) kehrte sich diese Reihenfolge im Jahre 2004 teilweise um. In der späteren Umfrage rangierte der Frieden bei den jüdischen Jugendlichen zwar immer noch an erster Stelle (26,3%), doch an zweiter Stelle wurde nun der jüdische Charakter des Staates genannt (17%). Die Demokratie fiel auf den fünften Rang zurück (9,5%). Bei den arabischen Jugendlichen fiel der Frieden auf den fünften Platz zurück (7%). Den ersten Rang belegte nun die soziopolitische Gleichberechtigung (24%), gefolgt von der Gleichberechtigung der Geschlechter (23%, ein neuer Wert). Wenn wir den Wert „(Israel soll ein) Staat aller Bürger (sein)“ (mit 19% auf dem dritten Rang) als stellvertretend für das Streben der israelischen Araber nach soziopolitischer Gleichberechtigung interpretieren, kommen wir entgegen der Erwartungen zum Ergebnis, dass die Jugendlichen beider Sektoren die Werte „Frieden“, „Demokratie“, „nationaler Charakter des Staates“ und „Gleichheit“ ähnlich einstufen.

Diese Ergebnisse bestätigen die Hypothese, wonach das Bekenntnis zur Demokratie angesichts äußerer Bedrohung geschwächt wird, vor allem wenn die Bedrohung als existenzielle Gefahr sowohl auf individueller als auch auf nationaler Ebene empfunden wird. Bei den jüdischen Jugendlichen scheint es sich dabei konkret um eine Reaktion auf den Terror zu handeln. Bei der arabischen Jugend scheint das abnehmende Bekenntnis zur Demokratie weniger eine Folge des militärischen Vorgehens gegen die Palästinenser als vielmehr auch der blutigen Zwischenfälle vom Oktober 2000 zu sein, die in den Augen der israelischen Araber die anhaltende Entfremdung der arabischen Gemeinschaft vom Mainstream der israelischen Gesellschaft symbolisieren.

Die Haltung zur Demokratie findet ihren Ausdruck auch in der Haltung zur Beschaffenheit der politischen Führerschaft. Die Teilnehmer beider Umfragen wurden gefragt, ob ihrer Meinung nach ein autokratischer Führungsstil eher in der Lage sei, die Probleme des Landes zu lösen als Gesetze und Debatten, die als integrale Bestandteile demokratischer Regime gelten. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Demokratiebekenntnis der Befragten, vor die Wahl zwischen den zwei genannten Alternativen gestellt, in beiden Zeitabschnitten eher dürftig ausfiel. 1998 sprach sich eine knappe Mehrheit der jüdischen Jugendlichen (58%) für einen autokratischen Führungsstil aus. Im Jahre 2004 waren bereits 67% der jüdischen Jugendlichen dieser Ansicht. Unter arabischen Jugendlichen war ein umgekehrter Trend festzustellen. Während 1998 noch 59% der Befragten einen demokratischen Führungsstil bevorzugten, waren es im Jahre 2004 bereits 65%. Dieser Trend zeigte sich auch bei den Antworten auf Fragen zu verwandten Themen.

Für diese Befunde zum Demokratiebekenntnis der israelisch-arabischen Jugend gibt es zwei alternative wenn auch nicht völlig gegensätzliche Erklärungen. Erstens, trotz der negativen Erfahrung des arabischen Sektors mit der israelischen Demokratie bevorzugen die arabischen Jugendlichen einen autokratischen Führungsstil nur, solange sie sich davon eine Besserung ihrer sozioökonomischen Situation und die Beseitigung der Diskriminierung versprechen. Zweitens, das schwächere Demokratiebekenntnis der arabisch-israelischen Jugend reflektiert verbreitete Haltungen in der arabischen Welt. Als Teil der arabischen Welt sind die israelischen Araber den ideologischen Einflüssen des arabischen Raums ausgesetzt. Die zweite These wird von den Arbeiten mehrerer führender Wissenschaftler bestätigt, die die arabisch-muslimische Kultur als grundsätzlich antidemokratisch einstufen.

Die Frage, ob selbst geringe Bedrohungen der nationalen Sicherheit umfassende Einschränkungen der Demokratie rechtfertigten, wurde von nur 29% der jüdischen Jugendlichen und von 21% der arabischen Jugendlichen verneint (diese Frage wurde neu in die Umfrage von 2004 eingefügt). Diese Ergebnisse bestätigen die Behauptung, dass das Bekenntnis der jüdischen Jugendlichen zur Demokratie im Konflikt mit Kernwerten wie nationale Sicherheit deutlich geschwächt wird. Dennoch lassen sie keine direkten Schlüsse auf die Stärkung oder Schwächung der Demokratie bei äußeren Bedrohungen zu. Die Werte im arabischen Sektor sind insofern erstaunlich, als die Frage zur Zeit der blutigen Konfrontationen im Westjordanland und im Gazastreifen gestellt wurde.

Das zweite zentrale Thema der Untersuchung war die Stabilität der demokratischen Strukturen in Israel im Kontext des öffentlichen Protests. Die Frage der Stabilität des Staates wird besonders relevant vor dem Hintergrund des Rabinmordes und der implizit damit verbundenen Gefahr für die politische Kontinuität. Nachdem Ministerpräsident Scharon im Dezember 2003 den einseitigen Rückzug Israels aus dem Gazastreifen angekündigt hatte, rückte die Frage unerwartet wieder in den Brennpunkt der Aktualität. Die Bestandteile des Plans, einschließlich der Evakuierung sämtlicher jüdischer Siedlungen, sind seither heftig umkämpft. Der Protest gegen den Plan führte außer zu öffentlichen Protestkundgebungen bereits zur Entlassung und zum Rücktritt von Kabinettsministern. Todesdrohungen gegen den Ministerpräsidenten weckten zudem die Befürchtung, dass sich ein weiterer politischer Mord anbahnen könnte.

Die Ergebnisse der demoskopischen Studie von 2004 lassen darauf schließen, dass die israelische Jugend zwar mehrheitlich wie bereits 1998 weiterhin friedliche und legale Formen des Protests befürwortet, doch der Anteil der jüdischen Jugendlichen, die mehr oder weniger gewalttätigen Protest gutheißen, ist gewachsen. Folgende Zahlen veranschaulichen diese Entwicklung: 1998 hießen 20% der befragten Jugendlichen im jüdischen Sektor gewaltlosen zivilen Ungehorsam gut. 2004 waren es bereits 28%. Noch besorgniserregender ist, dass der Anteil der jüdischen Jugendlichen, die gewaltsamen zivilen Ungehorsam befürworteten, im selben Zeitraum von 10% auf 24% hochgeschwungen ist, was einer Zunahme von 140% entspricht. Dass die Differenz zwischen der Befürwortung gewaltlosen (legalen) und gewaltsamen (illegalen) Protests 2004 nur gerade 4% betrug, muss als besonders bedenklich gelten, besonders wenn man die absoluten Zahlen berücksichtigt, die sich hinter diesen Prozentanteilen verbergen. Es geht um Zehntausende von Jugendlichen. Der Einwand, dass die Umfrage nicht die erwachsene Bevölkerung in Israel repräsentiert und dass das ältere Segment der Umfrageteilnehmer gemäßigte Antworten lieferte, macht die Ergebnisse nicht weniger besorgniserregend.

Dennoch sind diese Ergebnisse im soziopolitischen und ideologischen Kontext der israelischen Politik in der Frage der jüdischen Siedlungen zu betrachten. Umfragen der letzten Jahre deuten darauf hin, dass die israelische Bevölkerung die Evakuierung der Siedlungen mehrheitlich unterstützt. Die Opposition geht von einer beträchtlichen und vor allem lautstarken Minderheit aus, die sich mehrheitlich aus Siedlern und ihren Anhängern jenseits der grünen Linie, also aus dem israelischen Kernland, zusammensetzt. Am lautstärksten und

mit am meisten Gewalt wurde die Entschlossenheit, an den Siedlungen festzuhalten, bislang von der so genannten Hügeljugend zum Ausdruck gebracht, doch sie sind nicht die einzigen.

Ein ähnlicher Trend zunehmender Gewaltakzeptanz ist auch unter arabisch-israelischen Jugendlichen festzustellen. Während die Befürwortung des legalen Protests von 69,5% im Jahre 1998 auf 76% im Jahre 2004 und die Befürwortung des gewaltlosen zivilen Ungehorsams im selben Zeitraum von 28,5% auf 46,5%, d.h. um 63% stieg, blieb die Zustimmung zum gewaltsamen zivilen Ungehorsam konstant bei 15,5%. Dieser Prozentanteil ist erheblich und könnte wiederum die ungeklärten Nachwirkungen der Ereignisse vom Oktober 2000 reflektieren.

Das nachlassende Bekenntnis zu demokratischen Werten gepaart mit der steigenden Akzeptanz gewaltsamen Protests führt uns wieder zum Thema Rabinmord und zum politischen Mord ganz allgemein zurück. Angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen hielten wir es für relevant zu prüfen, ob sich die Haltung zu diesem Ereignis zwischen den beiden Umfragen geändert hat und für wie wahrscheinlich die jungen Leute die Wiederholung einer solchen Tat halten.

Aus den Ergebnissen der Umfrage von 2004 geht hervor, dass ca. 50% der jüdischen Teilnehmer den Rabinmord als Wendepunkt in ihrem Leben erachten bzw. als Ereignis, das ihr Gefühl der Sicherheit als Mitglieder der israelischen Gesellschaft tief erschüttert hat. Weitere rund 40% bezeichneten den Rabinmord als trauriges Ereignis, vergleichbar mit anderen Unglücksfällen mit Todesfolgen, ohne Einfluss auf ihr Verhältnis zum Staat. 8% der Befragten bezeichneten den Rabinmord als schwere Krise, sinngemäß mit „wir haben kein Land mehr“ zum Ausdruck gebracht. Das Verhältnis zwischen den Anteilen der beiden ersten Antworten hat sich seit der ersten Umfrage vom Mai 1998, nur zweieinhalb Jahre nach dem tragischen Ereignis, deutlich verschoben. Damals bezeichneten noch 61% den Mord als Wendepunkt und nur rund 26% bezeichneten ihn als trauriges Ereignis ohne negativen Einfluss auf ihr Verhältnis zum Staat.

Diese Verschiebung kann durch den Generationenwechsel erklärt werden. Zur Zeit des Rabinmordes setzte sich das ältere Alterssegment der Stichprobe von 1998 aus Soldaten im aktiven Wehrdienst oder kurz nach der Entlassung aus dem Wehrdienst zusammen. Die Teilnehmer des jüngeren Alterssegments waren alt genug, um die emotionale Intensität des

Ereignisses mitzuerleben und dessen Bedeutung zu verstehen. So waren bei den Antworten von 1998 fast keine Unterschiede zwischen den beiden Altersgruppen zu verzeichnen. Zur Zeit der Umfrage von 2004 waren jedoch bereits neun Jahre vergangen. Die Jugendlichen, die daran teilnahmen, waren 1995 zwischen 6 und 15 Jahre alt. Es war deshalb damit zu rechnen, dass die Antworten der jüngsten Teilnehmer der Umfrage zum Thema Rabinmord weniger emotional ausfallen würden. Die Zahlen bestätigen diese Annahme: Während 54% der Befragten der älteren Altersgruppe (21-24-Jährige) den Mord als Wendepunkt in ihrem Leben bezeichneten, waren es bei der jüngeren Altersgruppe (15-18-Jährige) nur 45,5%. Zudem war dieser Anteil bei der älteren Gruppe von 1998 bis 2004 nur um 4% gesunken.

Hinsichtlich der Möglichkeit eines weiteren politischen Mordes, ein Thema, das angesichts der jüngsten Ereignisse wieder vermehrt diskutiert wird, sind die Ergebnisse der Umfrage von 2004 besonders interessant: Fast 70% der jüdischen Umfrageteilnehmer stufen die Wahrscheinlichkeit eines weiteren politischen Mordes als hoch (30,5%) oder als sehr hoch (38,6%) ein. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass der Anteil der Befragten, die die Möglichkeit eines weiteren politischen Mordes als hoch einstufen, bei der jüngeren Altersgruppe größer ist als bei der älteren Altersgruppe: 42% gegenüber 35,4%. Im Vergleich dazu glaubten im Mai 1998 45% der Befragten an die Möglichkeit eines weiteren politischen Mordes.

Die Haltung zum Staat

Die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Umwälzungen der letzten fünf Jahre scheinen die persönlichen Bestrebungen und den grundsätzlichen Optimismus der israelischen Jugend nur am Rande beeinflusst zu haben. 82% der Befragten von 2004 gaben sich optimistisch hinsichtlich ihrer persönlichen Zukunft. Bei der jüdischen Jugend war allerdings zwischen 1998 und 2004 ein leichter Rückgang von 88% auf 85% zu verzeichnen. Die israelische Jugend scheint klar zwischen der persönlichen Zukunft und der Zukunft des Landes zu unterscheiden.

Die Haltung des Individuums hinsichtlich der persönlichen Zukunft hängt zunächst einmal von der Beurteilung der persönlichen Fähigkeiten und den Möglichkeiten ab, die gesteckten Ziele zu erreichen. Gleichwohl haben äußere Ereignisse – besonders die Abnahme der persönlichen Sicherheit innerhalb der Grenzen Israels – den Glauben an die Zukunft des

Staates, den Glauben an die Möglichkeit, gewisse Ziele innerhalb seiner Grenzen verwirklichen zu können und den Wunsch, auch noch in ferner Zukunft in Israel zu leben, bis zu einem gewissen Grad erschüttert. Weniger als die Hälfte der Teilnehmer der Umfrage von 2004 (48%) gaben an, hinsichtlich der Zukunft des Staates optimistisch zu sein. Ähnlich wie in der Umfrage von 1998 zeigte sich die jüdische Jugend optimistischer als die arabische Jugend (52% und 35%). Sowohl die jüdischen als auch die arabischen Jugendlichen waren 2004 weniger optimistisch für den Staat als 1998 (56% und 48,6%).

Dass der Optimismus bei den israelischen Arabern stärker abgenommen hat als bei ihren jüdischen Mitbürgern, lässt sich durch zwei Faktoren erklären. Der erste – das ganze Land betreffende – Faktor ist die Stagnation des Friedensprozesses. Die Träume und Hoffnungen vieler israelischer Araber im Hinblick auf die positive Wirkung dieses Prozesses auf das soziale Gefüge in Israel hatten sich im Jahre 2000 zerschlagen. Die Ereignisse im Oktober desselben Jahres gepaart mit der Wirtschaftskrise scheinen den Graben zwischen den beiden Sektoren vertieft zu haben, vor allem aus israelisch-arabischer Sicht. Nur 48% der arabisch-israelischen Teilnehmer der Umfrage von 2004 glaubten, ihre Ziele innerhalb des Staates Israel erreichen zu können – ein Rückgang von 10% gegenüber 1998 (58%). Noch deutlicher kommt dieser Stimmungswandel im wachsenden Anteil der arabisch-israelischen Jugend zum Ausdruck, die sich eindeutig pessimistisch über ihre Zukunft in Israel geäußert haben: Der Anteil der arabisch-israelischen Jugendlichen, die die Chancen, ihre Ziele in Israel verwirklichen zu können, als ziemlich gering einstufen, stieg von 5% (1998) auf 17% (2004), also um mehr als 300%. Parallel dazu ging der Anteil der arabisch-israelischen Jugendlichen, die diese Chancen als gut oder als sehr gut einstufen, um 15% zurück (von 58% im Jahre 1998 auf 49% im Jahre 2004).

Ein weiteres klares Indiz für den abnehmenden Optimismus sind die Ergebnisse zum Wunsch, Israel langfristig zur Heimat zu machen. Um diese Frage zu untersuchen, wurden die Teilnehmer gefragt, in welchem Land sie hätten geboren werden wollen und wo sie am liebsten leben würden, wenn sie die Wahl hätten. 1998 gaben 62% der arabisch-israelischen Jugendlichen Israel als Wunschheimat an, im Jahre 2004 war dieser Anteil auf 32%, also auf fast die Hälfte geschrumpft. Ein ähnlicher, wenn auch weniger drastischer Rückgang war bei ihren jüdischen Altersgenossen zu beobachten: 1998 bezeichneten 71,3% der jüdischen Jugendlichen Israel als Wunschheimat, 2004 waren es nur noch 58,5%.

Die unterschiedliche Zukunftsperspektive der beiden Sektoren kam noch in einer weiteren Dimension zum Ausdruck, nämlich bei der Frage, ob das Individuum das Gefühl hat, selbst über sein Leben bestimmen zu können. Ein Ziel der Studie war festzustellen, ob junge Menschen in Israel glauben, frei über ihre Zukunft entscheiden zu können, ob sie glauben, die Chance zu haben, ihre persönlichen Ziele zu erreichen oder ob sie der Ansicht sind, ihr Schicksal werde von externen Faktoren und Institutionen bestimmt. 2004 waren fast 85% der Befragten beider Sektoren der Ansicht, ihr eigenes Schicksal selbst bestimmen zu können. Nach Sektoren getrennt, stellte sich heraus, dass fast 88% der jüdischen Jugend diese Meinung vertrat gegenüber 75% der arabischen Jugend. Das Alter der Befragten scheint in dieser Hinsicht zumindest bei den jüdischen Jugendlichen keine Rolle zu spielen. Bei den arabischen Jugendlichen sinkt das Selbstvertrauen mit dem Alter: Während 78% der 15-18-Jährigen glaubten, selbst über ihre Zukunft bestimmen zu können, waren es bei den 21-24-Jährigen nur noch 72%. Der Vergleich zur früheren Umfrage offenbart den Anstieg des Anteils der arabisch-israelischen Jugendlichen, die glauben, selbst über ihr Leben zu bestimmen: von fast 69% (1998) auf fast 75% (2004).

Der abnehmende Optimismus ist angesichts der hier beschriebenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Instabilität leicht nachvollziehbar. Israel und seine Jugend befinden sich seit 2000 in einem Zustand ständiger Krise. Der letzte Rest an gesellschaftlicher Solidarität aus den frühen Jahrzehnten des Staates hatte sich nun endgültig aufgelöst und damit den Eindruck der Krise noch zusätzlich verschärft. Des weiteren deutet der Umstand, dass 2004 mehr arabisch-israelische Jugendliche glaubten, ihr Geschick liege ausschließlich in ihren eigenen Händen, auf abnehmendes Vertrauen in ihre Umgebung als Existenzstütze bzw. -basis. Das legt den Schluss nahe, dass die israelischen Araber die negativen Folgen der jüngsten Ereignisse stärker zu spüren bekamen, die sich durch die zunehmende Entfremdung vom Mainstream der israelischen Gesellschaft noch verschlimmerten.

Die Einstellung zu Deutschland und zum Holocaust

Abschließend beschäftigte sich die Studie mit dem Verhältnis der israelischen Jugend zu Deutschland und zum Holocaust. Die Umfrage untersuchte drei spezifische Fragen: Wie die israelische Jugend die Haltung Deutschlands gegenüber Israel, den demokratischen Charakter des deutschen Staates und die deutsche Nazivergangenheit beurteilt. Generell offenbarten die beiden Umfragen kaum Unterschiede in den Haltungen zu diesen Fragen. Eine gewisse

Überraschung gab es dennoch, nämlich bei den Antworten der arabisch-israelischen Jugendlichen.

Die Haltung Deutschlands gegenüber Israel

2004 befürworteten nur 36,6% der israelischen Jugendlichen die Aussage, dass Deutschland zu den Ländern gehöre, die Israel am freundlichsten gesinnt seien. Bei der näheren Prüfung der Daten fällt überdies auf, dass die Standpunkte der jüdischen und der arabischen Jugend in dieser Frage weit auseinanderklaffen. Während diese Aussage von fast 35% der jüdischen Jugendlichen befürwortet wird, beträgt der entsprechende Anteil unter den arabischen Jugendlichen fast 43%. Auch der Anteil der „Ich weiß nicht“-Antworten deutet auf Unterschiede zwischen den beiden Sektoren hin: 8,6% der jüdischen Jugendlichen beantworteten die Frage der Haltung Deutschlands gegenüber Israel mit „ich weiß nicht“, verglichen mit 24,6% der Jugendlichen im arabischen Sektor.

Bei der letzten Kategorie ist eine Erklärung angebracht. Die Antwort „ich weiß nicht“ reflektiert zwei Möglichkeiten: Entweder Unentschlossenheit oder Unwissen. Letzteres trifft besonders bei den Antworten der arabisch-israelischen Jugendlichen zu, da wir wertfrei betrachtet davon ausgehen müssen, dass die Jugendlichen jener Gemeinschaft weniger über Deutschland wissen als ihre Altersgenossen des jüdischen Sektors, was vor allem durch die Irrelevanz Deutschlands für die Geschichte der israelischen Araber und ihre gegenwärtige Existenz zu erklären ist.

Die Antworten im jüdischen Sektor überraschen aus zwei Gründen genau so wenig. Die israelischen Juden haben ein negatives Deutschlandbild, das in erster Linie auf die deutsche Nazivergangenheit und Verantwortung für den Holocaust zurückzuführen ist. Vergleicht man die Resultate der beiden Umfragen von 1998 und 2004, stellt man eine Zunahme von 4% (von 52,6% auf 56,6%) beim Anteil der Teilnehmer fest, die die Meinung nicht unterstützen, dass Deutschland zu den Israel am freundlichsten gesinnten Staaten gehört. Bemerkenswert ist, wie erwähnt, dass diese Meinung 2004 bei der arabisch-israelischen Jugend größeren Zuspruch fand als bei der jüdisch-israelischen Jugend (43% gegenüber 35%), wobei auch hier ein Rückgang seit 1998 zu verzeichnen ist.

Während die Resultate bei der letzten Frage konsistent geblieben sind, haben die jüdisch-israelischen Jugendlichen Deutschland im Jahre 2004 deutlich stärker als demokratischen

Staat perzeptiert. Um dies zu untersuchen, wurden die Teilnehmer gefragt, ob die Fremdenfeindlichkeit in Deutschland ähnlich einzustufen sei wie das entsprechende Phänomen in anderen Staaten. 48% stimmten zu, verglichen mit 38% im Jahre 1998 (41% der jüdisch-israelischen Jugendlichen verneinten diese Frage im Jahre 2004). Unter den israelischen Arabern belief sich die Zustimmung im Jahre 2004 auf 43% gegenüber 33% „Nein“-Stimmen. Wenn wir den Anteil der „Ich weiß nicht“-Antworten hinzuaddieren (10,3% der jüdisch-israelischen Jugend und 24,6% der arabisch-israelischen Jugend), hält eine knappe Mehrheit der jungen Leute in beiden Sektoren die deutsche Fremdenfeindlichkeit für ein besonderes Phänomen (d.h. findet Deutschland weniger demokratisch als andere Länder) oder hat dazu keine Meinung.

Im Hinblick auf die deutsche Vergangenheit und den Holocaust wurden sämtliche Umfrageteilnehmer gefragt, ob sie die Behauptung für richtig halten, dass die Vernichtung der Juden von der Mehrheit der Deutschen und nicht nur von der Naziführung unterstützt wurde. Während der Anteil der Befürworter dieser Behauptung in der gesamten Stichprobe leicht zurückging (von 67% im Jahre 1998 auf 63% im Jahre 2004), deuten die Resultate nach Altersgruppen unterteilt auf eine größere Abnahme bei der älteren jüdisch-israelischen Altersgruppe (21-24-Jährige) von 75% im Jahre 1998 auf 67% im Jahre 2004 hin. Bei der jüngeren jüdisch-israelischen Altersgruppe (15-18-Jährige) blieb dieser Anteil relativ stabil. Ähnliches geht aus den Resultaten beider arabisch-israelischer Altersgruppen hervor (ca. 45% im Jahre 2004 und ca. 41% im Jahre 1998).

Insgesamt hat sich die Einstellung der israelischen Jugend zu Deutschland in den letzten 6 Jahren also kaum geändert. Nach wie vor wird die aktuelle Meinung stark von den Erinnerungen aus der Vergangenheit beeinflusst, dies geht zumindest aus den Antworten der jüdischen Jugendlichen hervor. Gleichzeitig erkennt derselbe Sektor Deutschland als fortschrittliche Demokratie an, und die Mehrheit der Stichprobe (56,4%) beurteilte die Wahrscheinlichkeit einer neuen Naziherrschaft in Deutschland als gering („Germany is no fertile ground for the return of the Nazi regime“).

Auch bei diesen Fragen sind wieder deutliche Unterschiede zwischen den beiden Sektoren festzustellen, wie die folgenden Zahlen belegen: Der Anteil der arabisch-israelischen Jugendlichen, die eine neue Naziherrschaft in Deutschland für möglich halten, schrumpfte um 15% von 41% (1998) auf 26% (2004). Unter den jüdischen Jugendlichen sank der

entsprechende Anteil dagegen nur um 3%. Auf eine ähnliche Einstellung deutet die Abnahme von 7% des Anteils der arabisch-israelischen Jugendlichen zurück, die finden, Deutschland sei Israel gegenüber freundlich gesinnt (von 50% im Jahre 1998 auf 43% im Jahre 2004). Demgegenüber sank die Zahl der israelisch-arabischen Jugendlichen, die Deutschland in der Umfrage 2004 als fortschrittliche Demokratie betrachteten, um 12% (66% - 1998; 54% - 2004).

Diese Resultate können als Ausdruck der Haltungsunterschiede zwischen den beiden Sektoren in zwei Bereichen betrachtet werden: Deutschland in der Gegenwart betreffend – Deutschland als Israel freundlich gesinnter Staat, Deutschland als Demokratie und als fremdenfeindliches Land sowie Deutschland in der Vergangenheit – die Wahrscheinlichkeit einer neuen Nazi Herrschaft und die Unterstützung des Holocaust durch die Mehrheit der Deutschen. Diese Unterschiede sind angesichts des unterschiedlichen Verlaufs der Geschichte der jüdischen und der arabischen Gemeinschaft verständlich.

Im Hinblick auf den Holocaust wurden zwei Fragen gestellt. Eine allgemeine, hinsichtlich der Perzeption des Holocaust in der israelischen Gesellschaft und eine persönliche, hinsichtlich des persönlichen Interesses des Umfrageteilnehmers an diesem Thema.

Die Antworten von 2004 zur ersten Frage offenbarten fast diametrale Gegensätze: 60,6% der jüdisch-israelischen Jugendlichen gegenüber 25,3% der arabisch-israelischen Jugendlichen betrachten die Perzeption des Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit als angemessen. 29,6% der jüdischen Jugend und 17,7% der arabischen Jugend halten sie dagegen für unangemessen, und nur 8,1% der jüdischen Jugend gegenüber 52,8% der arabischen Jugend finden, die Bedeutung des Holocaust werde übertrieben. Im Vergleich mit 1998 sind die Ergebnisse im jüdischen Sektor mehr oder weniger stabil geblieben. Im arabischen Sektor hat es dagegen größere Verschiebungen gegeben: Die entsprechenden Anteile beliefen sich auf 30,4%, 26,7% und 37,8%.

Aus den Antworten zur zweiten Frage geht hervor, dass der Anteil der persönlich am Holocaust Interessierten in der älteren Altersgruppe der jüdischen Umfrageteilnehmer von rund 56% im Jahre 1998 auf 64% im Jahre 2004 stieg, während er bei den jüngeren Umfrageteilnehmern desselben Sektors leicht sank (von 65% im Jahre 1998 auf 61,6% im Jahre 2004). Der entsprechende Anteil der arabischen Israelis blieb im selben Zeitraum mehr oder weniger konstant bei rund 30% in beiden Altersgruppen.

Schlussfolgerung

Die Ergebnisse reflektieren die Beeinflussung der Haltungen junger Leute in Israel durch zwei wichtige Vorkommnisse, die die israelische Realität in den letzten Jahren besonders nachhaltig geprägt haben: der Ausbruch der zweiten *Intifada* (2000) und die sie begleitende Wirtschaftskrise. Wir beobachten eine Abnahme des Bekenntnisses zu demokratischen Werten bei der jüdischen Jugend in Israel und eine leichte Zunahme dieses Bekenntnisses unter arabisch-israelischen Jugendlichen. Dieser Trend war von abnehmendem Vertrauen in die staatlichen Institutionen begleitet. Besonders groß war der Vertrauensverlust gegenüber dem Militär und der Polizei seitens der arabisch-israelischen Jugend. Die Umfrage macht deutlich, wie die zunehmende Intensität des israelisch-arabischen Konflikts die Haltungen in beiden Bevölkerungssektoren beeinflusst hat: Die Mehrzahl der jüdischen Umfrageteilnehmer äußerte die Meinung, israelischen Arabern sei nicht zu gestatten für die Knesset zu kandidieren und wertete den interkommunalen Konflikt als bedrohlichsten Gegensatz für die Zukunft des Staates.

Unter den bedenklichen Ergebnissen sind der wachsende Prozentanteil von Jugendlichen, die gewalttätigen zivilen Ungehorsam gutheißen und der hohe Prozentsatz von Jugendlichen, die weitere politische Morde für sehr wahrscheinlich halten, für die Zukunft des Staates Israel besonders beunruhigend. Die Implikationen dieser Befunde sind angesichts der jüngsten politischen Ereignisse wie der Abzugsplan und der Möglichkeit, dass Siedler sich der Evakuierung von Siedlungen mit Gewalt widersetzen, nicht gerade ermutigend.

Der Vergleich der Ergebnisse beider Umfragen hat sowohl der Wissenschaft als auch der Politik wertvolle Erkenntnisse zu der Frage geliefert, ob die 1998 festgestellten Haltungen Ausdruck eines spezifischen soziohistorischen Moments sind oder ob sie einen Trend anzeigen. Jedenfalls deutet er darauf hin, dass die richtige Lehre aus dem Rabinmord die folgende wäre: Dieses traumatische Ereignis war viel symptomatischer für die sich vertiefende multidimensionale Krise Israels als es sich viele eingestehen möchten.